



Für Freiheit und Demokratie auf die Straße **Ausstellung zum Aufstand vom 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt**

**18. Juni bis 15. August 2025; Neues Rathaus, Lutherstraße 56,
06886 Lutherstadt Wittenberg**

Eröffnung am 17. Juni 2025, 14.00 Uhr

Am Morgen des 17. Juni 1953 gingen überall in der DDR und auch in vielen Städten und Dörfern Sachsens-Anhalts zahlreiche Menschen auf die Straße. Sie forderten den Rücktritt der SED-Regierung, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Doch bereits ab Mittag zogen vielerorts sowjetische Panzer auf und walzten die Proteste gewaltsam nieder. Allein in Sachsen-Anhalt verloren mindestens 21 Menschen ihr Leben. In der Folgezeit schlug die SED-Diktatur erbarmungslos zurück. Drei Männer und eine Frau aus Sachsen-Anhalt wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, andere erhielten lange Haftstrafen.

Über die Ereignisse zum Aufstand vom 17. Juni 1953 wird vom 18. Juni bis 15. August 2025 im Neuen Rathaus, Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg, die multimediale Plakatausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni in Sachsen-Anhalt“ gezeigt. Auf 25 Plakaten werden die Vor-, Nach- und Wirkungsgeschichte des Aufstands dargestellt. Einzigartige Fotos bringen den Besuchern die Geschehnisse vom 17. Juni in elf Orten in Sachsen-Anhalt und die daran beteiligten Menschen nahe. Ergänzt werden diese Bilder durch originale Tondokumente und Zeitzeugenberichte. Die Öffnungszeiten sind: Montag, Mittwoch, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr sowie Dienstag und Donnerstag von 8.00 – 18.00 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung wird am 17. Juni 2025 um 14.00 Uhr im Rahmen eines Pressegesprächs durch den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Johannes Beleites, und Oberbürgermeister Torsten Zugehör eröffnet.

Die Ausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni in Sachsen-Anhalt“ wurde vom Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erstellt und von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt gefördert.